



## Es geht auch ohne GERICHTE

*Seit einigen Jahren wird in manchen Branchen zunehmend eine außergerichtliche Konfliktlösung angestrebt. Die Beweggründe sind unterschiedlich: Entweder man sucht nach Lösungen, um eine Zusammenarbeit zu ermöglichen, oder es drohen kostenintensive und langwierige Rechtsstreitigkeiten. Manches Unternehmen will zudem mitunter ein öffentliches Gerichtsverfahren vermeiden. Wie arbeiten Einigungsstellen und wie kommen außergerichtliche Lösungen zustande?*

Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) kennt eine solche Form der Konfliktlösung schon lange. Das Einigungsstellenverfahren bezweckt die außergerichtliche Konflikt-

lösung von Wettbewerbsstreitigkeiten vor einer unabhängigen und sachkundigen Stelle. Das Verfahren ist weder ein Schiedsgerichtsverfahren im Sinne zivilprozessualer Vorschriften

noch soll es die Zuständigkeit der Gerichte in Wettbewerbsachen einschränken.

Es ist vielmehr ein Güteverfahren.

Die Landesregierungen haben bei den Industrie- und Handelskammern Einigungsstellen eingerichtet, die Rechtsstreitigkeiten im Falle eines Verstoßes gegen das UWG beilegen sollen. Sie stehen unter staatlicher Aufsicht, da sie mit hoheitlichen Befugnissen ausgestatte Träger der öffentlichen Verwaltung sind.

Der Vorsitz der Einigungsstellen obliegt häufig im Wettbewerbsrecht erfahrenen Personen mit Befähigung zum Richteramt. Beisitzende Personen sind Persönlichkeiten aus Unternehmen (Inhaber, Geschäftsführer, Prokurist), aber auch die beisitzenden Richter einer Zivilkammer oder Handelskammer am Landgericht. Juristische Kompetenz wird durch die Erstgenannten in die Verhandlungen eingebracht; die andere Gruppe bürgt für den technischen, wirtschaftlichen und unternehmerischen Sachverstand. Die Beisitzenden wissen vor allem die unternehmerischen Belange der Antragsgegner einzuordnen. Sie werden regelmäßig für mehrere Jahre (häufig fünf) berufen.

Antragsberechtigt ist jeder, der bei Rechtsstreitigkeiten einen Anspruch

aufgrund des UWG oder Unterlassungsklagengesetz (UKlaG) geltend machen kann, wie Mitbewerber, rechtsfähige Verbände oder Wettbewerbszentralen. Verbraucher haben keine Anspruchsberechtigung. Sie können sich bei Bedarf an Verbraucherzentralen wenden.

Zur Aufnahme der Sache stellen die Berechtigten einen schriftlichen Antrag. Anwaltszwang besteht bei den Einigungsstellen nicht, sodass sich die Parteien selbst vertreten können.

Die Organisation erfolgt durch die Einigungsstelle. Oft setzt diese einen Termin zur mündlichen Verhandlung an, die nicht öffentlich ist. Die vorsitzende Person kann hier das persönliche Erscheinen der Parteien anordnen. Bei Nichterscheinen der Parteien kann ein Ordnungsgeld bis 1.000 Euro festgesetzt werden. Nach Einführung in den Sach- und Streitstand durch die vorsitzende Person wird der Fall mit den beteiligten Parteien unter Einbeziehung der beisitzenden Personen diskutiert. Im Anschluss unterbreitet die vorsitzende Person einen Einigungsvorschlag, zu dem sich die

## Bei der IHK Mittleres Ruhrgebiet

ist ebenfalls eine Einigungsstelle zur Beilegung von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten aufgrund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb eingerichtet.

Den Vorsitz hat:



Michael Bergmann  
Geschäftsbereichsleiter  
Recht, Justizariat  
Tel. (02 34) 91 13-119  
bergmann@bochum.ihk.de

Parteien äußern können. Am Ende der Verhandlung steht dann ein Vergleich oder, wenn eine Einigung nicht erzielt werden kann, das Scheitern des Verfahrens. Im Falle eines Vergleichs ist die Auseinandersetzung außergerichtlich beigelegt. Im anderen Fall kann der Antragsteller die Sache vor Gericht entscheiden lassen.

Bei gutgläubig begangenen Wettbewerbsverstößen, bei kleinen und mittelständischen Unternehmen, lohnt es sich, die Einigungsstelle einzuschalten. Dies trifft auch zu, wenn entsprechende Fallkonstellationen schon durch die Rechtsprechung entschieden sind. Durch sachverständige Aufklärung und Rechtsbelehrung durch die vorsitzenden und beisitzenden Personen können konstruktiv pragmatische Lösungen erarbeitet werden. Das hilft vor allem dem Unternehmen, welches unlauter gehandelt hat und trägt maßgeblich zu einer Befriedung bei. Der Wettbewerbsverletzer lernt zudem, wie er sich künftig den lauterkeitsrechtlichen Vorschriften gemäß zu verhalten hat, da diese im Rahmen der Verhandlung erörtert werden.

*Dr. Andreas Ottofüllung,  
Geschäftsführer der  
Wettbewerbszentrale Bereich Süd*

### Argumente für und gegen ein Einigungsstellenverfahren



- keine Gebühren, allenfalls geringer Auslagenersatz
- kein Anwaltszwang
- vielfach kürzere Verfahrensdauer als bei Gericht, regelmäßig nur ein Verhandlungstermin
- konstruktive Erarbeitung pragmatischer Lösungen statt streng juristischer Entscheidungen
- Nichtöffentlichkeit der Verhandlungen
- Entlastung der staatlichen Gerichtsbarkeit durch Selbstkontrolle der Wirtschaft; finanzielle Entlastung des Staates



- keine Klärung bisher noch nicht entschiedener Rechtsfragen
- nicht geeignet für Grundsatzverfahren
- nicht geeignet für Eilverfahren
- mögliche Verfahrensdoppelung
- keine rechtsstaatlichen Garantien